



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de

Ausgabe Februar 2015

Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des
Deutschen Bundestages

**Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,**

Termine

08.02. 13.11 Uhr
35. Fränkisches Narrentreffen
in Lauda

09.02. 10.00 Uhr
Pressekonferenz zum Auftakt
der Spendenaktion zugunsten
des Hospiz Walldürn

09.02. 16.30 Uhr
Besuch Kreisverband Rotes
Kreuz in Bad Mergentheim

12.02. 11.00 Uhr:
Besuch der Reitanlage in
Mosbach

12.02. 15.30 Uhr:
Besuch Geschäftsstelle des
Kinderschutzbundes in Mos-
bach

15.02. 12.29 Uhr:
Zugfahrt zur Friedrich-Ebert-
Gedenkstätte in Heidelberg
ab Mosbach-Neckarelz
(Anmeldungen bitte über das
Mosbacher Büro)

Weitere Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

die Bundesregierung hat ihren **Jahreswirtschaftsbericht 2015** veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass sich die **deutsche Wirtschaft weiterhin stark behauptet**. Die Wirtschaftsleistung 2014 verzeichnete mit 1,5 Prozent den kräftigsten Anstieg seit Jahren.

Besonders erfreulich: Auf dem deutschen Arbeitsmarkt herrscht weiter **Rekordbeschäftigung**. Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** hat sich 2014 um über eine halbe Million erhöht. **Das ist ein Verdienst der aktuellen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik von Andrea Nahles (SPD) und Sigmar Gabriel (SPD),**

aber auch eine langfristige Auswirkung der rot-grünen Arbeitsmarktreformen von 2003.

Auch in **Baden-Württemberg** zeigen die Zahlen deutlich: **Die SPD regiert und das Land kommt voran.**

Wir wollen die deutsche Wirtschaft weiter **auf Erfolgskurs halten**: Mit guten Löhnen, stabilen Energiepreisen, weniger Bürokratie, mehr Investitionen in unsere Infrastruktur und einem innovativen Produktions- und Forschungsstandort Deutschland.

Daher sollten wir auch der **Stimmungsmache gegen den Mindestlohn**

nicht auf den Leim gehen. **Der Mindestlohn stärkt den fairen Wettbewerb und schützt vor Lohn-dumping zu Lasten der Beschäftigten.** Davon profitieren gerade auch die Unternehmen, die schon immer gute Löhne gezahlt haben.

Gute Arbeit, Bildungs-gerechtigkeit und Zeit für Familie – das ist der SPD-Dreiklang, mit dem wir in Bund und Land in Regierungsverantwortung unser Land **modern und gerecht** gestalten.

Lasst uns daran gemein-sam und selbstbewusst weiter arbeiten!

Eure Dorothee

Kurz notiert

Islamfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Dogmatismus: Solche fehlgeleiteten Strömungen sind nicht die Krankheit. Sie sind vielmehr das Symptom für einen mangelnden offenen und kritischen Diskurs. Aber genau den brauchen wir, um eine **liberale und menschliche Gesellschaft**

zu bewahren. **Freiheit**, wie Karl Popper sagte, **muss erkämpft werden – ständig aufs Neue.** Frust, Ver-lustängste und Unzufrie-denheit schaffen nicht das Recht, unsere Werte zu verraten und andere zu diskriminieren. Oder gar unsolidarisch gegenüber Flüchtlingen zu sein. Es ist

jede und jeder Einzelne gefordert, sich in unsere Gesellschaft verantwortlich einzubringen. **Politik schlechtzureden ist der neue Sport geworden.** Wir sollten alle engagiert und offen, ob in Berlin oder im Wahlkreis, mit den unter-schiedlichsten Menschen ins Gespräch kommen.



Erinnerung an den Holocaust – Stete Mahnung für das Heute

Am 70. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee gedachte der Deutsche Bundestag – wie in jedem Jahr seit 1996 – am **27. Januar** der Opfer des Nationalsozialismus.

„Wie kein anderer Ort steht Auschwitz als Synonym für das, was Menschen Menschen antun können“, erklärte Bundestagspräsident Professor Dr. Norbert Lammert in seiner Rede .

Erinnern wir uns: Vor der Haustür eines jeden und einer jeden Deutschen wurden Menschen verfolgt, verschleppt, zusammengetrieben, verhaftet und hingemetzelt. Doch die Mehrheit der Deutschen schaute weg und wollte nicht wissen, wohin ihre Nachbarn gebracht wurden. Sie wollten sich mit dem Völkermord an den Juden nicht befassen und nach dem „Tag der Befreiung“ am 08. Mai 1945, wie ihn der verstorbene Richard von Weizsäcker zu Recht bezeichnet hat, haben sie von den Nazi-Gräueltaten angeblich alle

nichts gewusst. Inmitten von in den bundesdeutschen Staatsdienst übernommenen Nazijuristen verlief die juristische Aufarbeitung zudem beschämend und sehr unbefriedigend.

„Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“, stellte Bundespräsident Joachim Gauck klar. Für mich persönlich wurde insbesondere mit dem nahenden Ende der Zeitzeugenschaft am Gedenktag einmal mehr deutlich, wie sehr wir alle im Heute für die Erinnerung Verantwortung tragen und dafür, dass solche Verbrechen nie wieder geschehen.

Ein besonderer Gast

Im Europaausschuss hatten wir den **Oberbürgermeister von Kiew Vitali Klitschko** zu Besuch: "In Europa und europäisch zu leben, ist historisch und geografisch ein großer Wunsch der Menschen in der Ukraine – bei einem gleichzeitig guten Verhältnis zu



Russland, wie es viele Familien leben", so der Oberbürgermeister .

Er hält weder einen Propaganda- noch einen Medienkrieg für zielführend und bezog dies auf alle Seiten. Dringend notwendig sind Reformen , die

schnell greifen müssen, so dass die Bürger*innen in der Ukraine bald Verbesserungen sehen und spüren.

Diplomatie ist für Klitschko, der sich beispielhaft für sein ganzes Land einsetzt, die wichtigste Maßnahme. "Eskalationen, die zu weiteren Sanktionen führen könnten, sind nicht hilfreich", betonte er.

Wie die Sportpolitik gestärkt werden soll

Im sogenannten **Sporthaushalt**, der im Bundestag über den Einzelplan des Bundesinnenministeriums läuft, hat **die SPD-Fraktion 2015 eine kräftige Aufstockung** erreicht. Mit einem **zusätzlichen 15-Mio.-Euro-Programm** für den Sport liefern die Sozialdemokraten eine starke Vorlage.

Neben den Geldern für den Spitzensport und der deutlich höheren För-

derung für die Vorbereitung der Olympischen und Paralympischen Spiele in Rio 2016 ist es uns wichtig, die **Förderung des Behindertensports gesichert zu haben. Wir haben es geschafft**, dass die bundesweit erfolgreichen Schulwettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia und die Paralympics“ weiterhin stattfinden können.

Damit wurden die **ursprünglich geplanten Kürzungen** auf Kosten der

Schulwettbewerbe durch das Bundesministerium des Innern **verhindert**. Diese Wettbewerbe stehen für die Gemeinschaft und Vielfalt des Sports und machen gleichzeitig die Förderung des Nachwuchses für Olympia ein Stück weit einfacher.

Denn viele oder fast alle Olympiasieger haben klein angefangen und wurden nicht zuletzt dank ‚Jugend trainiert für Olympia‘ für eine Sportkarriere entdeckt.

Teilhabe von Frauen in Führungspositionen verbessern

Am 30. Januar haben wir im Bundestag endlich einen Gesetzentwurf für eine Quote auf den Weg gebracht. Denn in vielen Unternehmen ist die **gleichberechtigte Teilhabe** von Frauen und Männern in Führungspositionen **noch längst keine Realität**.

Nur 15,1 Prozent der Aufsichtsratspositionen in den 200 größten Unternehmen waren 2013 mit Frauen besetzt. Mit **dem von uns vorangetriebenen Gesetzentwurf** soll eine signifikante Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen erreicht werden.

Wenn Frauen es bis „ganz oben“ schafften, sind sie nach wie vor mit Vorurteilen, Ressentiments und Hürden konfrontiert, die allein für Frauen gelten. Mit **diesem Gesetzentwurf von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) und Justizminis-**

ter Heiko Maas (SPD) werden Frauen endlich zu dem, was sie nach ihrer Eignung und Qualifikation längst sein sollten: **eine Selbstverständlichkeit in Top-Positionen**.

„Mit der Quote fördern wir einen **nachhaltigen Kulturwandel** in den Unternehmen und in unserer Gesellschaft“, betonte auch **SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann** im Vorfeld der Plenardebatte.

Sönke Rix, Sprecher der Ausschussarbeitsgruppe Frauen, Senioren, Familie und Jugend der SPD-Fraktion, stellte klar: „Wir verstehen die Quote als Hilfsmotor, der erst dann überflüssig sein wird, **wenn fähige Frauen die gleichen Chancen auf eine Position haben wie gleich qualifizierte Männer**.“

Selbst mit **besten Studienabschlüssen** und enormer Leistungsbereitschaft und obwohl Studien belegen, dass **gemischte Teams besser sind**, und ungeachtet der Tatsache, dass den Unternehmen vor nahezu 14 Jahren politisch die Chance eingeräumt wurde, selbst für faire und geschlechtergerechte Chancen zu sorgen, stoßen Frauen immer noch an die sogenannte **„gläserne Decke“**.

Gleichstellung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, so unsere einhellige Meinung in der SPD-Bundestagsfraktion. **Deutschland kann es sich schlicht nicht länger leisten, auf hochqualifizierte weibliche Fach- und Führungskräfte zu verzichten**.

Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs sicherstellen

Vor fünf Jahren (im Januar 2010) entschuldigte sich der Rektor des Berliner Canisius-Kollegs für die jahrelangen systematischen Missbrauchsfälle an seiner Schule und **löste damit eine breite gesellschaftliche und politische Debatte über Kindesmissbrauch** aus. Dieser **Jahrestag** war Anlass zu ei-

ner Debatte im Deutschen Bundestag zum Thema **„Sexuelle Gewalt gegen Kinder“**.

Im Fokus standen neben dem Mut der Opfer die Forderungen von Experten des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ sowie des „Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs“.

Konkrete Maßnahmen zur Bekämp-

fung des sexuellen Kindesmissbrauchs, wie das **Bundeskinder-schutzgesetz** oder das **Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs**, das in den letzten Jahren bereits realisiert wurde, sind hilfreich und wichtig, ebenso eine **„Kultur des Hinsehens“** von uns allen.

Petitionsrecht für Menschen mit Behinderungen verbessern

Es waren **stets wir Sozialdemokrat*innen** im Bundestag, die das **Petitionsrecht entscheidend weiterentwickelt** haben: So hat die SPD-Fraktion etwa **Online-Petitionen** eingeführt und **öffentliche Sitzungen des Petitionsausschusses** im Bundestag durchgesetzt.

Dadurch ist das Einreichen einer Petition bereits heute recht **niedrigschwellig**. Aus Sicht der SPD-Abgeordneten gibt es jedoch noch **Optimierungsbedarf**, damit auch **Menschen mit Behinderungen ihr Petitionsrecht problemlos wahrnehmen können**. Weiter vorantreiben will die SPD-Bundestagsfraktion

die Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** in Deutschland und damit die Voraussetzungen für eine **inklusive Gesellschaft**. Nun muss noch die Unions-Fraktion als Koalitionspartner überzeugt werden, die bislang eine Anpassung des Petitionsrechts nicht für notwendig erachtet.

Einwanderung: Alle werden gebraucht!

Aufgrund der **Alterung unserer Gesellschaft** werden in Deutschland in zehn Jahren mehr als **fünf Millionen Arbeitskräfte fehlen**, wenn wir nichts unternehmen. Dies stellt ein großes Risiko nicht nur für die Wirtschaft dar, sondern auch für die Sicherheit der Renten und die Bezahlbarkeit unseres Gesundheitssystems.

Deshalb haben wir auf der Klausurtagung der SPD-Fraktion die Diskussion über ein **Zuwanderungsgesetz** angestoßen. Es ist gut, dass diese Diskussion jetzt Fahrt aufnimmt. Die bisherigen Instrumente wie die „Blue Card“ reichen eindeutig nicht aus. Gerade einmal 20.000 Spezialisten hat Deutschland auf diese Weise seit 2012 gewinnen können.

Über 50 verschiedene Aufenthaltstitel gibt es in Deutschland. Das ist verwirrend und bürokratisch. **Wir brauchen wirksamere Instrumente.** Das Punktesystem nach kanadischem Muster ist eine Möglichkeit. Natürlich sind wir in der SPD-Fraktion auch offen für andere Vorschläge. Wir brauchen eine **geregelt** **Zuwanderung mit klaren Kriterien** und kein Zufallsprinzip. Wichtig ist nur: **Die Diskussion muss jetzt weitergehen.** Wir dürfen sie nicht auf die lange Bank schieben – um unserer und unserer Kinder Zukunft willen.

Dabei ist klar: **Zuwanderung ist nur eines der Instrumente, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.** Wir müssen es ins-

gesamt schaffen, **mehr Menschen in Arbeit zu bringen.** Wir müssen denjenigen in unserem Land, die arbeiten wollen, aber aus den verschiedensten Gründen nicht können, den Weg auf den Arbeitsmarkt eröffnen: Wir müssen die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**, um Frauen den Zugang und den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Wir müssen **deutlich mehr in die Qualifizierung und Weiterbildung** derjenigen investieren, die arbeitslos sind. Und schließlich müssen wir mehr tun für alle die, die ohne Schulabschluss sind. **Sie haben das Recht auf eine zweite oder auch eine dritte Chance!**

Den Mindestlohn im Dialog mit den Beteiligten umsetzen

Seit knapp fünf Wochen ist endlich der **flächendeckende Mindestlohn** in Kraft. Der Mindestlohn darf nicht nur im Gesetzblatt stehen, **er muss in der Realität gezahlt werden.** Deshalb war von Anfang an klar, dass **jedem Missbrauch** ein Riegel vorgeschoben werden muss.

Dazu gehört eine ausreichende personelle Ausstattung der für die Kontrolle zuständigen Zollbehörden, wie wir sie mit dem Koalitionspartner vereinbart haben.

Auch müssen die **Arbeitszeiten der Beschäftigten ausreichend dokumentiert** werden, insbesondere in den stark von Schwarzarbeit betroffenen Branchen und bei gewerblichen Minijobbern.

In der aktuell stattfindenden Diskussion sollte nicht vergessen werden, dass **die Aufzeichnung von Arbeits-**

zeiten aus gutem Grund schon seit Jahren Pflicht ist.

Unabhängig davon beobachtet das zuständige Ministerium für Arbeit und Soziales genau die **Umsetzungspraxis** und wird hierzu **bis zum Sommer eine erste Zwischenbilanz** vorlegen.

Das **Ministerium** ist zudem derzeit mit Branchen und Verbänden im Gespräch, bei denen die Umsetzung des Mindestlohns **praktische Fragen aufwirft**, etwa bei den **Sportverbänden.**

Ich bin zuversichtlich, dass innerhalb des geltenden Rechtsrahmens unbürokratische und für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösungen gefunden werden.



Mit einer **Sonderausgabe meiner Berliner Notizen zum Mindestlohn** werde ich euch in Kürze ausführlicher informieren.

„Die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sind nicht der Rede, aber aller Mühe wert.“

Kulturtourismus in den Regionen weiterentwickeln

Kultururlaub steht bei ausländischen Gästen an zweiter Stelle der Gründe, ihren Urlaub in Deutschland zu verbringen. Die touristische Nutzung des kulturellen Erbes, das oft ein Alleinstellungsmerkmal der jeweiligen Region ist, birgt ein Potenzial, das noch weiter ausgeschöpft werden kann. Mit dem Kulturtourismus sind zugleich wichtige Impulse für Wirtschaft und Beschäftigung verbunden. Diese können vor allem im

ländlichen Raum dazu beitragen, die regionale Beschäftigungssituation zu stabilisieren. Unter Zusammenarbeit der für Tourismus, Wirtschaft und Kultur zuständigen Bundesministerien und gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Verbänden und Initiativen haben wir in der vergangenen Woche das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, eine „**Initiative Kulturtourismus in den Regionen**“

ins Leben zu rufen, mit unserem Antrag aufgegriffen.

Ziel ist es, die Zusammenarbeit der Kultur- und Tourismusakteure zu stärken, eine Plattform für strategisches **kulturtouristisches Marketing** zu schaffen, die Entwicklung gezielter Vermarktungskonzepte zu verbessern und vorbildhafte Modellprojekte auch über einen bundesweiten Wettbewerb zu fördern.

Schutz vor islamistischem Terror

Mit mehreren **Gesetzesvorhaben** verstärkt die große Koalition den **Schutz vor Terror**. Im Zusammenspiel mit der Staatengemeinschaft soll der Unterstützung für islamistische Gewalt der Nährboden entzogen werden. Wir haben deshalb bereits in der vorigen Woche im Bundestag ein Gesetz auf den Weg gebracht, **das die Ausreise gewaltbereiter Islamisten in Krisen- und Kriegsregionen leichter verhindert**.

Unter restriktiven Voraussetzungen

kann ihnen künftig **für bis zu drei Jahre der Personalausweis entzogen** werden. Diese Woche legt **Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD)** nun ein weiteres Maßnahmenpaket vor. Straftatbestand soll künftig **nicht nur der tatsächliche Aufenthalt** in einem Terrorcamp sein, sondern strafbar macht sich bereits, wer bei der **Ausreise die Absicht hat, terroristisch tätig zu werden**. Zudem werden wir einen eigenen **Strafbestand Terrorfinanzierung** schaffen.

Wir wissen: Auch die besten Gesetze schaffen keinen absoluten Schutz vor Anschlägen. **Für unsere freie, demokratische Gesellschaft gibt es nur einen richtigen Weg, mit dieser permanenten Bedrohung umzugehen: Indem wir unsere Freiheit und Sicherheit entschlossen verteidigen und gleichzeitig mit Augenmaß und Besonnenheit agieren**. Gerne zitiere ich auch hier den Philosophen Karl Popper: **„Wir müssen für die Freiheit plandern und nicht für die Sicherheit.“**



Trotz aller Arbeit geht es bei uns in der Fraktion durchaus auch fröhlich zu, wie hier auf der Landesgruppensitzung mit meinen Kolleg*innen Stefan Rebmann und Annette Sawade zu sehen ist.

Auch in diesem Jahr plane ich, wieder mit euch gemeinsam eine **Sommertour durch den Wahlkreis** zu starten.

Betriebsbesuche, Besichtigungen, Stippvisiten, Plaudereien, Ferienprogramm, Gespräche, Begegnungen.

Was fällt euch sonst noch ein?

Wenn Ihr Wünsche, Ideen und Anregungen habt, so meldet euch bitte in meinen Wahlkreisbüros.

Ich freue mich auf eure Rückmeldungen.

**03.—09. August
im Neckar-Odenwald-Kreis**

**10.—16. August
im Main-Tauber-Kreis**



„Red Hand Day“ – eine Aktion und weltweite Initiative gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten.



Meine erste Besuchergruppe im Jahr 2015 in der Kuppel des Bundestages



Gemütliches Beisammensein der 50 Gäste aus dem Wahlkreis in Berlin – im Restaurant Barist



Besuch bei amnesty international in Bad Mergentheim



Neujahrsempfang in Lauda mit Bürgermeister Thomas Maertens



Besuch der mobilen Dienste in Bad Mergentheim mit der Leiterin Silke Breuning



Besichtigung des Taubenhauses in Buchen mit Viktor Wiese



Besuch der Elster Apotheke in Aglasterhausen
mit Dr. Meinhard Soden, Inhaber der Elster-Apotheke in Aglasterhausen
und Nicolai Waschtschek, Inhaber der Rathaus-Apotheke in Mosbach



Besuch der Moschee „Kocatepe Camii“
in Buchen



**Firmenbesuch bei Industrie-Electronic GmbH
& Co. KG in Wertheim**

v.l.n.r.: Thomas Kraft, Ute Schindler-Neidlein, Wolfgang Stallmeyer
und Patrick Schönig



Neujahrsempfang in Seckach
mit Norbert und Gerda Richter
und Ehrung von Norbert Richter



**Hochwasserrundgang in Wertheim mit Friseur
Thomas Wettengel und Ute Schindler-Neidlein**



Tobias Schreiner
Schülerpraktikant aus Billigheim



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein Team und ich gern zur Verfügung:

**Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23

dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de
Ralph Hornung
Naile Sulejmani
Hilda Löser-Schäfer

Dr. Dorothee Schlegel, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845

dorothee.schlegel@bundestag.de
Johannes Gamer
Silke Pachal

**Wahlkreisbüro
Main-Tauber**

Marienstr. 1
97922 Lauda-Königshofen
Tel: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48

dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de
Renate Gaul



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de
www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd